

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Patrick Döring, Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 16/5269 -**

Überregulierung in der Sport- und Freizeitschifffahrt verhindern

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Detlef Parr, Joachim Günther (Plauen), Miriam Gruß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 16/5609 -**

Sportschifffahrt und Wassersport wirksam fördern und von überflüssigen Beschränkungen befreien

A. Problem

Zu 1.

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, alle weitergehenden Regulierungsmaßnahmen in der Sport- und Freizeitschifffahrt zu unterlassen, solange eine differenzierte Analyse des Unfallrisikos in der Sport- und Freizeitschifffahrt nicht möglich ist und das Sicherheitsniveau keinen akuten Handlungsbedarf erkennen lässt sowie die Arbeit an einer differenzierten Unfallstatistik fortzusetzen, die eine präzise Analyse des Risikopotentials und geeigneter Sicherheitsvorkehrungen in der Sport- und Freizeitschifffahrt erlaubt.

Zu 2.

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in Abstimmung mit den Betroffenen die Regelung der Entgelte für die Nutzung bundeseigener Wasser- und Uferflächen so zu überarbeiten, dass auch für den Wassersport die bisherige Kostenstruktur wiederhergestellt und bei den Wasserflächen wieder nach überbauten Flächen, Rangierflächen und Restflächen differenziert wird und die Einteilung der Gewässer nach Revierklassen wieder rückgängig gemacht wird; die durch das Energiesteuergesetz vom 5. Juli 2006 seit dem 1. August 2006 eingetretenen Änderungen in Abstimmung mit den Betroffenen nicht nur in Hinblick auf inländische Sportboote, sondern auch auf ausländische Sportboote zu überprüfen, so dass es in zumutbarer Weise ermöglicht wird, die Sportboote mit dem notwendigen Treibstoff zu versorgen; bei der Erarbeitung der Trinkwasserverordnung DIN 2001 auf die Einbeziehung von Sportbooten zu verzichten; auf die Einführung

einer über die bisher übliche Kenntlichmachung hinausgehende Kennzeichnungspflicht für Sportboote zur See gänzlich zu verzichten; keine weiteren gesetzlichen Verschärfungen der Ausrüstungsstandards einzuführen, sondern gemeinsam mit den Verbänden klare und übersichtliche, auf Boot und Fahrtgebiet abgestimmte, Sicherheitsempfehlungen zu erarbeiten; in Abstimmung mit den Verbänden über eine Neustrukturierung und Vereinfachung im Führerscheinwesen im Seebereich nachzudenken und dabei den Prüfungsfragen, dem praktischen Teil und den Sicherheitsaspekten größere Bedeutung beizumessen; für die in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Wasserstraßen geeignete Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, durch die erreicht werden kann, dass auch Sportboote – einschließlich derjenigen des muskelbetriebenen Wassersports – ohne vermeidbare Zeitverzögerung zu schleusen sind und auf andere Wehrüberwindungsmöglichkeiten (Bootsschleusen, Umtragewege) nur dann verwiesen werden darf, wenn zwingende Gründe der Sicherheit oder der Wasserhaltung ein Schleusen bzw. Mitschleusen verbieten; durch geeignete Vorschriften sicherzustellen, dass der Zugang zu in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Gewässern nicht erschwert wird und in einem künftigen Umweltgesetzbuch sicherzustellen, dass die Ausübung von Wassersport auch zukünftig möglich ist und nicht durch zu restriktive Forderungen erschwert wird und dass die Wassersportverbände bei den ihre Sportart betreffenden Naturschutzplanungen frühzeitig beteiligt werden.

B. Lösung

Zu 1.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5269 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu 2.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5609 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu 1. - 2.

Annahme.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag - Drucksache 16/5269 - abzulehnen,
2. den Antrag - Drucksache 16/5609 - abzulehnen.

Berlin, den 19. September 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Annette Faße
Berichterstatte

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Annette Faße

I. Überweisung

Zu 1.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5269** in seiner 105. Sitzung am 21. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu 2.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5609** in seiner 108. Sitzung am 05. Juli 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu 1.

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, alle weitergehenden Regulierungsmaßnahmen in der Sport- und Freizeitschifffahrt zu unterlassen, solange eine differenzierte Analyse des Unfallrisikos in der Sport- und Freizeitschifffahrt nicht möglich ist und das Sicherheitsniveau keinen akuten Handlungsbedarf erkennen lässt sowie die Arbeit an einer differenzierten Unfallstatistik fortzusetzen, die eine präzise Analyse des Risikopotentials und geeigneter Sicherheitsvorkehrungen in der Sport- und Freizeitschifffahrt erlaubt.

Zu 2.

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in Abstimmung mit den Betroffenen die Regelung der Entgelte für die Nutzung bundeseigener Wasser- und Uferflächen so zu

überarbeiten, dass auch für den Wassersport die bisherige Kostenstruktur wiederhergestellt und bei den Wasserflächen wieder nach überbauten Flächen, Rangierflächen und Restflächen differenziert wird und die Einteilung der Gewässer nach Revierklassen wieder rückgängig gemacht wird; die durch das Energiesteuergesetz vom 5. Juli 2006 seit dem 1. August 2006 eingetretenen Änderungen in Abstimmung mit den Betroffenen nicht nur in Hinblick auf inländische Sportboote, sondern auch auf ausländische Sportboote zu überprüfen, so dass es in zumutbarer Weise ermöglicht wird, die Sportboote mit dem notwendigen Treibstoff zu versorgen; bei der Erarbeitung der Trinkwasserverordnung DIN 2001 auf die Einbeziehung von Sportbooten zu verzichten; auf die Einführung einer über die bisher übliche Kenntlichmachung hinausgehende Kennzeichnungspflicht für Sportboote zur See gänzlich zu verzichten; keine weiteren gesetzlichen Verschärfungen der Ausrüstungsstandards einzuführen, sondern gemeinsam mit den Verbänden klare und übersichtliche, auf Boot und Fahrtgebiet abgestimmte, Sicherheitsempfehlungen zu erarbeiten; in Abstimmung mit den Verbänden über eine Neustrukturierung und Vereinfachung im Führerscheinwesen im Seebereich nachzudenken und dabei den Prüfungsfragen, dem praktischen Teil und den Sicherheitsaspekten größere Bedeutung beizumessen; für die in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Wasserstraßen geeignete Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, durch die erreicht werden kann, dass auch Sportboote – einschließlich derjenigen des muskelbetriebenen Wassersports – ohne vermeidbare Zeitverzögerung zu schleusen sind und auf andere Wehrüberwindungsmöglichkeiten (Bootschleusen, Umtragewege) nur dann verwiesen werden darf, wenn zwingende Gründe der Sicherheit oder der Wasserhaltung ein Schleusen bzw. Mitschleusen verbieten; durch geeignete Vorschriften sicherzustellen,

dass der Zugang zu in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Gewässern nicht erschwert wird und in einem künftigen Umweltgesetzbuch sicherzustellen, dass die Ausübung von Wassersport auch zukünftig möglich ist und nicht durch zu restriktive Forderungen erschwert wird und dass die Wassersportverbände bei den ihre Sportart betreffenden Naturschutzplanungen frühzeitig beteiligt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu 1.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5269 in seiner 37. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu 2.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5609 in seiner 49. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen

der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Anträge auf Drucksachen 16/5269 und 16/5609 in seiner 45. Sitzung am 19. September 2007 beraten.

Er hat den Antrag auf Drucksache **16/5269** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
abgelehnt.

Den Antrag auf Drucksache **16/5609** hat er
ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen
CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die
Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimm-
enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 19. September 2007

Annette Faße
Berichterstatteerin

elektronische Vorab-Fassung*